



Antisemitische Vorfälle rund um den 9. November

2019 jährten sich die Novemberpogrome von 1938 zum 81. Mal. Auch dieses Jahr kam es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen. Hierzu zählten antisemitische Störungen von Gedenkveranstaltungen, gezielte Sachbeschädigungen von Erinnerungsorten und Gedenkzeichen für Opfer der Schoa und antisemitische Versammlungen. Eine besondere Rolle nahm ein rechtsextremer Aufmarsch am 9. November in Bielefeld ein.

Insgesamt dokumentierte Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – bundesweite Koordination 25 antisemitische Vorfälle, die zwischen dem 1. und dem 16. November geschahen und einen direkten oder indirekten Bezug zum Gedenktag bzw. zur Erinnerung an die Novemberpogrome haben. Acht dieser Vorfälle standen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem geschichtsrevisionistischen Aufmarsch der Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte in Bielefeld am 9. November. Alle Vorfälle sind dem Post-Schoa Antisemitismus zuzuordnen, wobei in drei der Vorfälle auch Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus, in zweien des modernen Antisemitismus und in einem Vorfall ein Stereotyp des antisemitischen Otherings verwendet wurden.

Bei den 25 Vorfällen handelt es sich um einen Angriff, sechs gezielte Sachbeschädigungen, eine Bedrohung und 17 Fälle von verletzendem Verhalten. Die letztgenannten Fälle beinhalten vier antisemitische Versammlungen am 8. und 9. November. Drei dieser Versammlungen sind als rechtsextrem einzustufen, eine dem antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen. Insgesamt wurden elf Vorfälle dem rechten Spektrum zugeordnet. Je ein Vorfall wurde als links-antiimperialistisch und als antiisraelischer Aktivismus eingestuft. Die verbliebenen zwölf Vorfälle konnten nicht einem eindeutigen politischen Spektrum zugeordnet werden.

Vorfälle im Zusammenhang mit dem Neonazi-Aufmarsch am 9. November in Bielefeld

Wie schon im vergangenen Jahr fand in Bielefeld anlässlich des 91. Geburtstags der Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel ein Aufmarsch statt, organisiert durch die Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte. Im Vorfeld gab es einige Kontroversen um ein Verbot des Aufmarschs am Jahrestag Novemberpogrome. Während das Verwaltungsgericht in Minden das Verbot des Marsches durch die Polizei u.a. mit der Begründung, die inhaltliche Ausrichtung weise „keine Stoßrichtung gegen das Gedenken an die nationalsozia-

listische Gewaltherrschaft“ auf¹, wurde die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bielefeld in einem Zeitungsartikel mit der Frage zitiert: "Wie schrecklich ist es, dass zum Beispiel am 9.11. Die Rechte in Bielefeld aufmarschieren darf, weil die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck im Gefängnis einsitzt?"²

Am Aufmarsch beteiligten sich etwa 230 Personen (etwa halb so viele wie 2018), die neun Transparente mit sich führten, davon wurde auf sieben von diesen „Freiheit für Ursula Haverbeck“ gefordert. Unter den Parolen „Hoch die nationale Solidarität“, „Alles für Volk, Rasse und Nation“ sowie „Haverbeck freilassen“ liefen die Neonazis vom Bielefelder Hauptbahnhof zur Zwischenkundgebung am Verwaltungsgericht und wieder zurück. Einzelne Teilnehmer_innen trugen T-Shirts der Partei „Die Rechte“, auf denen „Freiheit für Haverbeck“ gefordert wurde. Daneben wurden Postkarten für die Inhaftierte sowie Blumensträuße ausgegeben.

Zu Beginn des Aufmarsches wurde neben den Auflagen auch ein Grußwort von Haverbeck verlesen.

Auf der Zwischenkundgebung wurden insgesamt sechs Redebeiträge gehalten. Ein Vertreter des rechtsextremen geschichtsrevisionistischen Vereins Gedächtnisstätte Guthmannshausen sagte: „Weg mit dem obsoleten verfassungswidrigen und nichtigen § 130 StGB. Zu dieser Forderung gehört auch die Freilassung der über diesen Paragraphen verurteilten über tausend politischen Gefangenen in Deutschland, allen voran Ursula Haverbeck, die man mit ihren nunmehr 91 Jahren glaubt, mit ihren berechtigten Fragen so zum Schweigen zu bringen.“ Ein langjähriger Neonazi-Aktivist und ehemaliger NPD-Funktionär begann seine Rede mit einer Anspielung auf die letztjährige Demonstration mit der Aussage „Auschwitz – ich hätte da mal eine Frage“. Derselbe Redner weiter: „Also der Propagandasender der blutigsten und mörderischsten Form des Bolschewismus, der Millionen und Abermillionen Opfer gefordert hat, dass da dieser Radiosender gemeldet hat, einige Tage nach Kriegsende, dass in Auschwitz-Treblinka [sic] sieben Millionen Juden umgebracht wurden – sieben Million Menschen – von Juden haben die nicht einmal gesprochen. [...] Wie kommt denn dieser kommunistische Terrorsender Radio Moskau dazu, solch eine Zahl von sieben Millionen in Treblinka, nur einige Tage nach Kriegsende zu verbreiten? [...] Könnte es nicht auch einige Tage nach Kriegsende eine kommunistische Propagandazahl sein? Müsste man da nicht mal hinterfragen?“ Ein dem Reichsbürger-Milieu nahestehender Sprecher, der schon beim Aufmarsch 2018 die letzte Rede hielt, sprach von „eine[r] sechs-Millionen-Opfer-Theologie, mit der [Jüdinnen_Juden] bereits Jahrzehnte vor Hitlers Machtergreifung an die Öffentlichkeit traten.“ An einer anderen Stelle bezeichnete er den rechtsextremen Terroranschlag an Yom Kippur in Halle als eine Inszenierung. Nach der Zwischenkundgebung marschierten die Neonazis zurück zum Hauptbahnhof, wo die Versammlung beendet wurde.

Im Vorfeld sind im Zusammenhang mit den Mobilisierungsbemühungen für den Aufmarsch weitere antisemitische Vorfälle bekanntgeworden.

1 https://www.lz.de/owl/22575366_Neonazi-Verbot-am-9.-November-aufgehoben-Bielefelder-Polizei-verliert-vor-Gericht.html

2 <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/diskussion-rechte-demo-bielefeld-100.html>

Am 1., 2. und 3. November wurden im Bielefelder Stadtgebiet jeweils Werbeflyer für den Aufmarsch ausgelegt. Auf den Flyern wurde die Freilassung Haverbecks gefordert.

Ebenfalls am 3. November stellten sich mindestens fünf Personen vor das Gebäude der JVA Bielefeld-Brackwede, in welcher Haverbeck ihre Haftstrafe verbüßt, und präsentierten ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Haverbeck“. Eine weitere, ähnliche Aktion ist RIAS – BK bekannt.

Am 7. November wurden gezielt Werbeflyer für den Aufmarsch in Bielefeld vor der Synagoge in Minden ausgelegt.

Am 8. November sang ein bekannter rechtsextremer Video-Aktivist vor dem Gebäude der JVA Bielefeld-Brackwede ein Lied für Haverbeck und filmte sich dabei.

Störungen des Gedenkens und weitere antisemitische Vorfälle rund um den 9. November

In Tübingen (Baden-Württemberg) wurde am 5. November vor dem Denkmal zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge auf den Boden gesprüht: "[Anarchiezeichen] FCK ISRL".

Am Freitagmorgen, 8. November, pöbelten zwei Jugendliche in Nidda (Hessen) eine Frau, die einen Stolperstein reinigte, antisemitisch an.

Am gleichen Tag störten in Leipzig (Sachsen) Personen eine Gedenkinitiative bei der Reinigung der Stolpersteine. Sie drängelten sich durch die Menschenmenge, warfen die Kerzen um und zertraten die Blumen.

Am Abend wurden in München (Bayern) bei einer "PEGIDA München"-Kundgebung zwei Videos unkommentiert abgespielt, in denen antisemitische Stereotype verwendet wurden.³

Am Samstagmorgen, 9. November, wurden Stolpersteine in Nordenham (Niedersachsen) beschmiert und mit antisemitischen Stickern überklebt vorgefunden.

In Leipzig (Sachsen) wurden Stolpersteine am Morgen des 9. November mit einer aufgetragenen Schlamm- und Dreckschicht beschmiert vorgefunden. Als eine Frau am frühen Nachmittag die Steine reinigen wollte, beschimpfte ein Mann sie antisemitisch. Er stellte sich vor ihr und sagte: „Solche Leute wie ihr fahren auch bald wieder mit dem Zug nach Auschwitz.“ Daraufhin ging er weiter.

In Bönen (Nordrhein-Westfalen) pöbelte am selben Tag ein vorbeigehender Mann Schüler_innen, die Stolpersteine reinigten, mit den Worten „Schon wieder die Juden, die sollte man alle vergasen!“ an.

Ebenfalls am 9. November verbreiteten bei einer rechtsextremen Demonstration aus dem Reichsbürger_innen-Milieu in Berlin-Mitte mehrere Sprecher antisemitische Verschwörungsmysen. So behauptete ein Redner mehrfach, Deutschland würde von „Zionisten“ regiert.

3 <https://www.facebook.com/RIASBayern/photos/a.573213166420169/670671263341025>

Am selben Tag wurde - wie schon in den Vorjahren 2017 und 2018 - ebenfalls in Berlin-Mitte auf einer Kundgebung aus dem Umfeld von BDS Berlin Israel als „Apartheid“ delegitimiert.

Am Nachmittag des 9. November griff eine Gruppe von ca. fünf Personen eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der Novemberpogrome in Arnstadt (Thüringen) an. Die Gruppe, die anscheinend von einem Fußballspiel kam, rief den 25 Gedenkenden, darunter auch Kinder, Sätze wie „Wir sind Deutsche und ihr nicht!“, „Ihr nehmt den wahren Deutschen ihren Ehrentag weg!“ und „Ihr spuckt auf die Gräber unserer Großväter!“ zu. Erst als zwei Personen aus der Gruppe Teilnehmende der Veranstaltung auch körperlich angriffen, griffen die umstehenden Polizist_innen durch den Einsatz von Pfefferspray ein, mit dem sie auch Teilnehmer_innen der Gedenkveranstaltung verletzten.

Am frühen Abend des 9. Novembers wurde die Gedenkveranstaltung in Wolfenbüttel (Niedersachsen) von einem Autofahrer gestört, der mehrmals laut hupend daran vorbeifuhr.

In Merseburg (Sachsen-Anhalt) wurden am Abend desselben Tages an einem geputzten Stolperstein Rosen zertreten und Kerzen entwendet vorgefunden. Nachdem die Gedenkenden neue Kerzen und Rosen aufstellen, wurden diese kurze Zeit später erneut zerstört.

Ebenfalls am Abend des 9. Novembers pöbelte ein Mitarbeiter einer Fast-Food-Kette Teilnehmer_innen einer Gedenkdemonstration in Berlin-Moabit mit den Worten „Ja, aber was Israel macht, ist okay?“ an.

Am 10. November wurden kurz vor einer Gedenkveranstaltung in Erlangen (Bayern) in der Nähe des Jüdischen Friedhofs aus einer Schreckschusspistole Schüsse abgegeben.

Vor der regionalen Gedenkveranstaltung am 13. November wurden am jüdischen Friedhof bei Harzgerode (Sachsen-Anhalt) am Gedenkstein für die Opfer der Schoa geschmierte NS-Symbole (Hakenkreuze und Sig-Runen) vorgefunden.

Am 16. November wurde in Berlin-Prenzlauer Berg festgestellt, dass am Gedenkort für das SA-Konzentrationslager am Wasserturm, in das auch Jüdinnen_Juden verschleppt wurden, die Informationstafel gezielt beschädigt wurde.